

[Eingang: 12.11.2007]

Stellungnahme der GEW zur Drucksache 16/1456: Situation und Perspektiven der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein

Die GEW sieht in der Großen Anfrage zur „Situation und Perspektiven der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein“ (Drucksache 16/1456) eine notwendige Bestandsaufnahme des beruflichen Bildungswesens in Schleswig-Holstein, die angesichts des anstehenden Wandels des beruflichen Bildungswesens hilfreich und dringend erforderlich ist. Diese Ist-Analyse des beruflichen Bildungswesens liefert Hinweise, wie sich das berufliche Schulwesen in den letzten 15 Jahren geändert hat und in welche Richtung weitere Veränderungen zu erwarten sind. Die GEW schlägt vor, dass dieser Bericht in regelmäßigen Abständen wiederholt wird.

Welche Probleme benennt dieser Bericht und welche Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der GEW aus diesem Bericht?

- **Krise des Dualen Systems der Beruflichen Bildung erfordert ein plurales Ausbildungssystem!**

Das Duale System hat gegenüber dem Übergangssystem und dem Schulberufssystem auch in Schleswig-Holstein an Bedeutung verloren. Seit Anfang der 90er-Jahre ist in den jeweiligen Altersjahrgängen der Anteil derjenigen Jugendlichen, die unmittelbaren Zugang zum dualen System finden, von ehemals rund 75 % auf nunmehr 55 % zurückgegangen. Andere Bereiche des Berufsbildungssystems, wie das Übergangs- und Vollschulberufssystem und haben spiegelbildlich wachsende Anteile aufzuweisen. Eine wachsende Anzahl von Jugendlichen erhält auch außerhalb des dualen Systems eine schulische Berufsausbildung. In den letzten 15 Jahren hat sich diese Zahl in Schleswig-Holstein von rund 2.700 auf 5.500 verdoppelt und die Inhalte entsprechen - wie die Regierung dabei feststellt - weitgehend jenen in verwandten Ausbildungsberufen des dualen Systems, zum Beispiel beim Kaufmännischen Assistenten dem Ausbildungsberuf des Bürokaufmanns. Dies zeigt, dass der Rückgang der Lehrstellen im dualen System durch Ausbildung an anderen Orten ergänzt werden kann. Die vollqualifizierende Ausbildung mit Kammerprüfung in Beruflichen Schulen, durch das novellierte Berufsbil-

derungsgesetz in Paragraf 43,2 geregelt, muss weiter ausgeweitet werden, um ein zukunftsfähiges Ausbildungssystem zu schaffen. Die GEW fordert nicht nur ein Recht auf allgemeine Bildung, sondern auch ein Recht auf eine berufliche Ausbildung in pluralen Ausbildungssystemen. Wenn im dualen System nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, muss die vollqualifizierende Ausbildung in beruflichen Schulen mit Kammerabschluss und außerbetrieblichen Lernorten ausgeweitet und diese angemessenen bezahlt werden. Vollschemische Ausbildungsplätze müssen in Ergänzung zum Dualen System vermehrt zur Verfügung gestellt werden.

Alleine in diesem Jahr ist die Zunahme der Ausbildungsplätze in Schleswig-Holstein überwiegend durch die Zunahme von überbetrieblichen Ausbildungsplätzen begründet. In der Statistik der Arbeitsagentur vom 30. September 2007 hat es zwar eine Zunahme von 1072 gemeldeten Berufsausbildungsstellen in Schleswig-Holstein gegeben, die in der Presse als großer Erfolg dargestellt worden sind. Von diesen 1072 zusätzlich gemeldeten Ausbildungsstellen sind genau 999 durch den Zuwachs von überbetrieblichen Ausbildungsstellen geschaffen worden, aber nur 74 durch zusätzliche betriebliche Ausbildungsstellen. (Quelle: Ausbildungsstatistik der Arbeitsagentur vom 30.9.2007).

Eine Ausbildungsfinanzierung, an der alle Betriebe beteiligt sind (Umlage), steht nach wie vor aus. Der Ausbildungspakt ist kein Ersatz. Sonderprogramme zur Schaffung von Ausbildungsplätzen sind zwar keine nachhaltige Lösung, können aber kurzfristig die noch bestehende Ausbildungsnot lindern. Die GEW unterstützt die DGB-Forderung, dass die BA weitere zusätzliche außerbetriebliche Plätze finanzieren soll.

- **Das Übergangssystem muss zum Bestandteil des Ausbildungssystems umgebaut werden!**

Die Zahl der Jugendlichen im schulischen „Übergangssystem“ hat sich zwischen 1990 und 2005 laut Bericht in Schleswig-Holstein um 85% erhöht. Benachteiligte Jugendliche brauchen eine entsprechende Förderung und dürfen nicht ausgegrenzt werden, was zurzeit insbesondere bei den Jugendlichen aus Immigrantenfamilien der Fall ist. Die Stigmatisierung Jugendlicher als „ausbildungsunfähig“ ist aus Sicht der GEW wenig hilfreich in der Bewältigung der Krise. Angesichts eines demographischen Wandels, der gekennzeichnet ist durch eine Abnahme von zukünftigen Bewerbern des beruflichen Schulwesens ab 2010, stellt sich in Zukunft die Frage, wie das berufliche Bildungswesen genügend qualifizierte Fachkräfte für die Wirtschaft zur Verfügung stellen kann. Die GEW erwartet, dass mit dem fallenden Bewerberzahlen für berufliche Bildung

auch die Diskussion um die so genannte Ausbildungsreife eine andere Qualität gewinnen wird. Es wird zunehmend nicht mehr darum gehen, das Fehlen von Ausbildungsplätzen im Dualen System mit der mangelnden Ausbildungsreife der Jugendlichen zu kaschieren, sondern die Sozialpartner und Landesregierung werden zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen in das berufliche Bildungswesen investieren müssen, um der Wirtschaft genügend qualifizierte Kräfte zur Verfügung zu stellen. Das Übergangssystem muss sich von einem „Warteschleifen- bzw. Park-System“ von Jugendlichen, die auf einen Ausbildungsplatz warten, in tatsächliches Ausbildungssystem umwandeln. Durch den drohenden Fachkräftemangel, hofft die GEW, dass die Betriebe, die bei der Ausbildung bisher zurückhaltend waren, endlich erkennen, dass sie letztlich an dem Ast sägen würden, auf dem sie selber sitzen. Nur ca. ein viertel aller Betriebe in Schleswig-Holstein bilden bisher aus.

Das Durchschnittsalter aller Ausbildungsanfänger lag bundesweit 2006 bereits bei 19,3 Jahren. Es kommt auch in Schleswig-Holstein zu einer zunehmenden Verzögerung des Ausbildungsbeginns der nichtstudienberechtigten Schulabsolventen aus dem Bereich der Sekundarstufe I. Für diese Jugendlichen ist der Übergang in eine Ausbildung deutlich schwieriger geworden seit 1990. Im Juni 2007 hatte Schleswig-Holstein einen Berg von über 10 000 Altbewerber. Die GEW weist in diesem Zusammenhang auch auf eine um sich greifende Variante von Warteschleifen hin, die die Ratlosigkeit und Verzweiflung von Jugendlichen und ihren Eltern verdeutlicht: Eine wachsende Zahl von Jugendlichen verlängerten unnötigerweise durch Wiederholung der letzten Klasse ihre Schullaufbahn, obwohl sie eigentlich mühelos ihren Schulabschluss schaffen würden. Auf diese Art und Weise erhofften sie sich ein Jahr später mit besseren Noten größere Chancen auf einen Ausbildungsplatz.

- **Für das Handlungskonzept „Schule und Arbeitswelt“ fordert die GEW die Ausfinanzierung der Kofinanzierung durch zusätzliche Gelder und einen eigenen Haushaltstitel**

Das Handlungskonzept wird mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert. Allerdings muss das Land eine Kofinanzierung sicherstellen. Es ist zwar zu begrüßen, dass Mittel des europäischen Sozialfonds für die Verbesserung des Übergangsmanagements von Schule in die Arbeitswelt zur Verfügung gestellt werden, aber die Kofinanzierung muss für alle Beteiligten im Haushalt klar nachvollziehbar sein.

Die Kofinanzierung durch das Land erfolgt zurzeit allerdings durch einen Vorwegabzug von 75 Stellen im Planstellenzuweisungsverfahren. Dieses

führt zu einer Verschlechterung der Unterrichtsversorgung. Die Umwandlung von Lehrerstellen in Geld ist abzulehnen. Im nächsten Doppelhaushalt muss die Kofinanzierung über den Haushalt sichtbar erfolgen. Lehrerplanstellen werden den Schulen für ihre Aufgaben zu gewiesen und nicht für die Kofinanzierung von Maßnahmen außerhalb der Schule. Diese Art von Kofinanzierung lehnt die GEW ab und fordert die Kofinanzierung über zusätzliche Mittel im Haushalt.

- **Die Europäisierung des Bildungssystems erfordert Ressourcen**

Da die Einführung des Europäischen Qualifikationsrahmen und die Schaffung des Deutschen Qualifikationsrahmens für die berufliche Bildung seit Oktober 2007 beschlossen sind und in den nächsten Jahren umgesetzt werden, geht die GEW davon aus, dass die berufliche Bildung auch in Schleswig-Holstein einen ähnlichen Veränderungsprozess wie die Hochschullandschaft durch den Bologna Prozess, vor sich hat.

Die GEW unterstützt das Ziel, dass Voraussetzungen geschaffen werden müssen, dass in einem europäischen Bildungsraum grenzübergreifend gelernt und gearbeitet werden kann und, wie es in der DGB-Stellungnahme heißt, die „erworbenen beruflich relevanten Fähigkeiten aller Art offiziell anerkannt und in anderen Bildungsgängen bzw. in anderen Ländern angerechnet werden.“ Es ist erstrebenswert, dass der im Vergleich zur universitären Ausbildung eklatante Rückstand in der beruflichen Bildung, einen Teil der Ausbildung in anderen europäischen Ländern machen zu können, überwunden wird. Daraus folgt, dass in Beruflichen Schulen in Zukunft mehr dafür getan werden muss, fremdsprachliche Kompetenzen zu vermitteln. Fehlende sprachliche Kompetenzen sind eine ausgesprochene Hürde für Auslandsaufenthalte während einer beruflichen Ausbildung. Die GEW unterstützt ausdrücklich die Zusammenarbeit in Ausbildung mit den dänischen Nachbarn. Weiterhin teilen wir die vom DGB geäußerte Intention „den Vorteilen des deutschen Systems, das dem dualen System zugrunde liegende Berufsprinzip und das Konsensprinzip bei der Erarbeitung von Ausbildungsordnungen Geltung zu verschaffen.“ Die Kombination von Ausbildung im Betrieb und in der Beruflichen Schule hat große Vorteile für Lernprozesse und für die gelingende Integration der jungen Menschen in die Arbeitswelt. Die Befürchtung, dass der EQF im lang währenden Erosionsprozess des dualen Systems (im Zusammenhang mit dem Strukturwandel der Industriegesellschaft hin zu einer „Wissensgesellschaft“) zusätzliche Dynamik entwickelt, ist ernst zu nehmen.

Die Schaffung des nationalen Qualifikationsrahmes muss unter dem Gesichtspunkt der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung durchgeführt werden. Es muss ein durchgängiges System von der beruflichen

Bildung bis in die Hochschulen geben. Im DQF muss die Durchlässigkeit von beruflicher zu Hochschulbildung abgesichert werden.

Die zusätzlichen Aufgaben, die durch die Europäisierung der beruflichen Bildung auf die Berufsschulen kommen, erfordern aber zusätzliche Ressourcen. Die Entwicklung von grenzüberschreitender Ausbildung wird von der GEW unterstützt, ist aber nicht zum Nulltarif zu haben.